

# Wirtschaft. Wissen. Wachstum. Wo Berlin bis 2021 handeln muss







Liebe Leserin, lieber Leser,

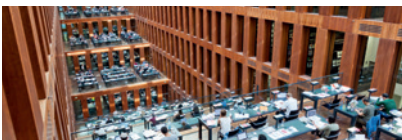
das Berlin des Jahres 2016 ist mit dem Berlin des Jahres 2011 kaum zu vergleichen. Eine dynamisch wachsende Wirtschaft, Jahr für Jahr zehntausende zusätzliche Arbeitsplätze, immer mehr Einwohner, so viele Unternehmensgründungen wie nirgends sonst, eine Fülle an innovativen Firmen jeder Größenordnung, Überschüsse in den öffentlichen Haushalten – das kennzeichnet aktuell die Lage in der Hauptstadt. Berlin ist heute die Stadt der Perspektiven. Vor fünf Jahren hätte das noch kaum jemand zu hoffen gewagt. Es ist vieles richtig gelaufen in dieser Stadt, und die Unternehmen haben daran einen großen Anteil.

Das darf aber kein Anlass sein, sich zurückzulehnen. Berlin steht vor einer Reihe großer Herausforderungen. Es geht darum, sie rasch und entschlossen anzupacken. Politik und Wirtschaft müssen das Wachstum der Stadt gestalten – mit zusätzlichen Investitionen und den richtigen Rahmenbedingungen. Das bedeutet eine bessere Infrastruktur, ein leistungsfähigeres Bildungssystem, eine wachstumsfreundliche Politik für Industrie, Bau, Handel und Dienstleistungen, eine effizientere Verwaltung und vieles mehr.

Wir haben aufgelistet, wo der neue Senat nach der Wahl Prioritäten setzen muss. Die dringendsten Weichenstellungen stehen in den ersten 100 Tagen an. Nach einem Jahr müssen die wichtigsten Projekte auf gutem Wege sein – damit die Bilanz nach fünf Jahren ähnlich erfreulich ausfallen kann wie nach dieser Legislaturperiode. Möglich ist das zweifellos: Durch Digitalisierung und Urbanisierung werden die Chancen derzeit neu verteilt. Berlin kann dauerhaft auf einen höheren Wachstumspfad kommen – wenn die Politik zapackt und die Entwicklung der Wirtschaft zur Top-Priorität macht. Dafür setzen wir uns ein.

**Dr. Udo Niehage**  
Der Präsident

**Christian Amsinck**  
Der Hauptgeschäftsführer



4

**Digitalisierung:** Stadt der Daten

6

**Wirtschaft und Industrie:** Wachsen und gedeihen

8

**Infrastruktur:** Alles fließt

10

**Energie und Umwelt:** Mit Saft und Kraft

12

**Gesundheit:** Die Medizin-Metropole

14

**Bildung:** Besser lernen

16

**Ausbildung:** Stark am Start

18

**Wissenschaft:** Brücken schlagen

20

**Arbeitsmarkt:** Viel zu tun

22

**Integration:** Von unten nach oben

24

**Haushalt und Finanzen:** Plus und Minus

26

**Verwaltung:** Mehr Service, bitte!



## Digitalisierung: Stadt der Daten

Die Digitalisierung ändert unsere Art zu leben, zu arbeiten, zu produzieren, zu lernen, zu forschen und vieles mehr. Berlin zeigt hier viel Potenzial. Die Stadt ist die Startup-Metropole Europas, nirgendwo auf dem Kontinent wird so viel Wagniskapital investiert wie hier.

# 270.000

neue Jobs könnten bis 2030 in Berlin durch die Digitalisierung entstehen.

*Quelle: IBB*

Namhafte Unternehmen bauen in der Hauptstadt Digital Units auf, um Geschäftsmodelle von morgen zu entwickeln. Im Miteinander dynamischer Newcomer und etablierter Kräfte steckt enormes Potenzial für Wachstum und Produktivität. Die renommierte Wissenschaft kann die Innovationskraft der Unternehmen weiter steigern. Es fehlt allerdings eine umfassende Strategie für die Digitalisierung. Auch deshalb lassen das Tempo und das Ausmaß der nötigen Investitionen zu wünschen übrig. Das Wichtigste ist daher: Die Digitalisierung muss Chefsache sein. Auch in Zusammenarbeit mit Brandenburg – das Ziel ist die digitale Hauptstadtregion.

## 100 Tage

- ▶ Der Senat hat die Grundzüge einer ressortübergreifenden Digital-Strategie verabschiedet. Ein Chief Digital Officer im Rang eines Staatssekretärs kümmert sich um die Umsetzung und hat Durchgriffsmöglichkeiten auf alle Ressorts.
- ▶ Zehn Prozent des SIWA-Sondervermögens fließen in Digitalisierungsprojekte.
- ▶ Ein digitaler Modellbezirk, in dem Smart-City-Technologien erprobt werden, ist ausgewählt.
- ▶ Testbeds für 5G-Technologien sind entstanden. Die Planungen für ein Industrie-Breitband-Netz mit einer Kapazität von einem Gigabit haben begonnen.

## 1 Jahr

- ▶ Eine für alle Ressorts verbindliche Digitalisierungsstrategie ist entwickelt.
- ▶ Das IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ) ist neu aufgestellt. Es umfasst die Bereiche „Digitale Infrastruktur“, „Digitale Sicherheit“ und „Digitale Weiterbildung“.
- ▶ „SIWA Digital“ ist Teil des SIWA-Sondervermögens und wird genutzt.
- ▶ Die Plattform berlin-innovation.de ist zum Showroom für digitale Produkt- und Verfahrensinnovationen aus Berlin ausgebaut.

## 5 Jahre

- ▶ Berlin und Brandenburg pflegen einen engen Austausch über ihre digitalen Strategien und den Stand der Umsetzung.
- ▶ Die öffentliche IT-Infrastruktur ist flächendeckend auf dem aktuellen Stand.
- ▶ Industrielle Ein-Gigabit-Felder sind für Unternehmen verfügbar.
- ▶ Der digitale Modellbezirk zeigt das Leben in einer Smart City.



## Wirtschaft und Industrie: Wachsen und gedeihen

Die Wirtschaft in der Hauptstadt ist in den vergangenen fünf Jahren stärker gewachsen als im Bundesdurchschnitt. Dazu haben Dienstleister, eine dynamische Startup-Wirtschaft und die Industrie beigetragen. Damit dieser Trend anhält, müssen die Standort-Bedingungen besser werden, gerade im Vergleich zu anderen Metropolen.

2,1 Mrd. €

Wagniskapital sind 2015 nach Berlin geflossen.

Das gilt vor allem mit Blick auf die wertschöpfungsstarke Industrie. Berlin muss seinen industriellen Bestand pflegen und gleichzeitig neue Investoren gewinnen. Dazu sollten vor allem Industrie- und Gewerbeflächen verfügbar sein. Die Stadt muss ihren Ruf als internationales Startup-Zentrum festigen, etwa durch Anreize für noch mehr Wachstums- und Wagniskapital. Eine engere Abstimmung zwischen Berlin und Brandenburg in Sachen Wirtschafts- und Ansiedlungspolitik ist unerlässlich.



## 100 Tage

- ▶ Der Senat hat den Aufbau eines Monitoring-Systems (GeFIS) beschlossen, das verfügbare Gewerbeflächen und ihre Nutzungsmöglichkeiten ab einer Größe von drei Hektar erfasst.
- ▶ Ein Konzept für ein großes Kongresszentrum wird auf den Weg gebracht, das die Zukunft des ICC einschließt.
- ▶ Der Steuerungskreis Industriepolitik (SKIP) wird aufgewertet. Die Senatsverwaltungen bekennen sich dazu, im SKIP getroffene Absprachen zügig umzusetzen.
- ▶ Die Cluster-Strategie wird überprüft und weiterentwickelt. Digitale Lösungen spielen fortan in jedem Bereich eine Rolle, nicht nur im Cluster Information und Kommunikation.
- ▶ Berlin beginnt Gespräche mit Brandenburg mit dem Ziel, die Wirtschaftsförder-Gesellschaften beider Länder zu fusionieren.

## 1 Jahr

- ▶ Das GeFIS-System zum Flächenmonitoring ist erfolgreich aufgebaut. Es wird verfeinert und erfasst sukzessive Flächen ab einem Hektar.
- ▶ Die Wirtschaftsförderung wirbt gezielt um die Ansiedlung von Digital Units. Landeseigene Unternehmen bauen eigene Digital Units auf.
- ▶ Die Vorbereitungen für eine Nachnutzung des TXL-Areals sind abgeschlossen.
- ▶ Eine neue Innovationsstrategie Berlin-Brandenburg „Industrielle Innovationen“ ist entwickelt. Sie schafft Rahmenbedingungen für die bessere Verzahnung von Industrie und Digitalwirtschaft sowie die enge Vernetzung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft.
- ▶ Berlin und Brandenburg fusionieren ihre Gesellschaften zur Wirtschaftsförderung.

## 5 Jahre

- ▶ Viele Flächen, etwa die Urban-Tech-Republic oder der Clean-Tech-Business Park, sind erfolgreich vermarktet.
- ▶ Die Akzeptanz industrieller Produktion in der Stadt ist gewachsen, auch dank neuer Formen der Urban Production, die durch die Digitalisierung möglich geworden sind.



## Infrastruktur: Alles fließt

Berlin wächst und braucht dringend zusätzliche Wohnungen, Verkehrsverbindungen, Kitas, Schulen, Krankenhäuser, Pflege-Einrichtungen und vieles mehr. Die bestehende Infrastruktur ist zudem vielerorts vernachlässigt und muss dringend modernisiert werden.

10.000

neue Wohnungen braucht Berlin pro Jahr.

Allein der Sanierungsstau in der Verkehrsinfrastruktur liegt bei etwa einer Milliarde Euro. Hinzu kommt der nötige Ausbau, etwa beim Nahverkehr auf der Schiene. Bei der Verkehrssteuerung mit moderner Technik gibt es noch viel Luft nach oben, ebenso beim Ausbau der Elektromobilität. Die Eröffnung des Hauptstadt-Flughafens BER steht immer noch aus.

## 100 Tage

- ▶ Ein definitiver Eröffnungstermin für den Flughafen BER wird festgelegt. Die Vorbereitungen für die Erweiterung werden parallel dazu forciert.
- ▶ Der Verkehrsetat wird deutlich erhöht, um den Sanierungsstau aufzulösen.
- ▶ Der Stadtentwicklungsplan Verkehr setzt den Fokus auf die intelligente Vernetzung der Verkehrsträger und dient so Wirtschaftsverkehr, Sicherheit und Lebensqualität gleichermaßen.

## 1 Jahr

- ▶ Die öffentliche Lade-Infrastruktur für Elektromobilität ist deutlich ausgebaut.
- ▶ Der Flughafen BER eröffnet 2017/2018.
- ▶ Die Verkehrslenkung Berlin ist personell aufgestockt und wird zu einer deutlich effizienteren Behörde umgebaut.
- ▶ Die Planungen zur Tangentialverbindung Ost (TVO) sind abgeschlossen.
- ▶ Der neue Stadtentwicklungsplan Verkehr steht vor der Verabschiedung durch das Abgeordnetenhaus.

## 5 Jahre

- ▶ Die gravierendsten Verkehrs-Engpässe sind beseitigt.
- ▶ Die Erweiterung des BER nach dem ursprünglichen Konzept kommt voran. Die Kapazität wird dann bei 35 Millionen Passagieren pro Jahr liegen.
- ▶ Der 16. Bauabschnitt der A100 ist fertig, die Planung für den 17. Bauabschnitt abgeschlossen. Die TVO ist fast fertiggestellt.
- ▶ Die Arbeitsteilung zwischen der Verkehrslenkung Berlin und den Bezirken funktioniert deutlich besser.
- ▶ Die Verwaltung hat ihren Fuhrpark zu großen Teilen auf Fahrzeuge mit Elektroantrieb umgestellt.



## Energie und Umwelt: Mit Saft und Kraft

Die Energiewende hat eine Reihe von Auswirkungen auf die Wirtschaft in Berlin. Einerseits bietet sie Chancen für effiziente, umweltverträgliche und innovative Lösungen. Andererseits führt sie zu Strukturbrüchen und treibt die Energiekosten vor allem für die Unternehmen in die Höhe. Das ist problematisch und eine potenzielle Bremse für Investitionen am Standort Berlin-Brandenburg.

Um 29,1 %

ist der Kohlendioxid-Ausstoß Berlins seit 1990 gesunken.

*Quelle: SenStadtU*

Zudem plant Berlin zwar, sich bis 2050 weitgehend klimaneutral aufzustellen – es mangelt aber an konkreten Projekten, um dieses Ziel zu realisieren. Insbesondere ein Fahrplan für die energetische Sanierung der Gebäude fehlt. Überdies wäre eine grundsätzliche Verständigung mit Brandenburg über die Zukunft der Energieversorgung in der Region angezeigt.

## 100 Tage

- ▶ Das Abgeordnetenhaus hat das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK) verabschiedet. Das zentrale Ziel ist es, den Ausstoß von Kohlendioxid zu reduzieren. Gleichzeitig gibt es der Wirtschaft genügend Spielraum und ist mit Brandenburg abgestimmt.

## 1 Jahr

- ▶ Für die energetische Sanierung der öffentlichen Gebäude gibt es einen Fahrplan. Die Finanzierung dazu steht.
- ▶ Im Interesse einer sicheren und bezahlbaren Energieversorgung sind die Verfahren um die Vergabe der Netze zügig und rechtssicher abgeschlossen.

## 5 Jahre

- ▶ Der Ausstoß von Kohlendioxid in Berlin sinkt deutlich, da das Land 30 Prozent seiner Gebäude saniert hat.
- ▶ Es greift ein Mobilitätskonzept, das die Verkehrsträger intelligent vernetzt und die Elektromobilität fördert.



## Gesundheit: Die Medizin-Metropole

Berlins Gesundheitssystem mit mehr als 200.000 Beschäftigten ist gut ausgebaut und international angesehen. Viele renommierte Unternehmen finden hier optimale Bedingungen zum Entwickeln und Produzieren vor – auch dank der hohen Konzentration von universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen.

Um  $\frac{1}{3}$

wird die Zahl der Pflegebedürftigen bis 2030 steigen.

Kern des Clusters Gesundheitswirtschaft ist die Charité als größtes Universitätsklinikum Europas. Die künftige Landesregierung muss dafür sorgen, dass die Gesundheitsversorgung und die wirtschaftliche Entwicklung der Gesundheitswirtschaft sichergestellt sind – in einer wachsenden Stadt mit deutlich mehr alten und pflegebedürftigen Menschen. Besondere Chancen stecken darin, die gemeinsame Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg weiterzuentwickeln.

## 100 Tage

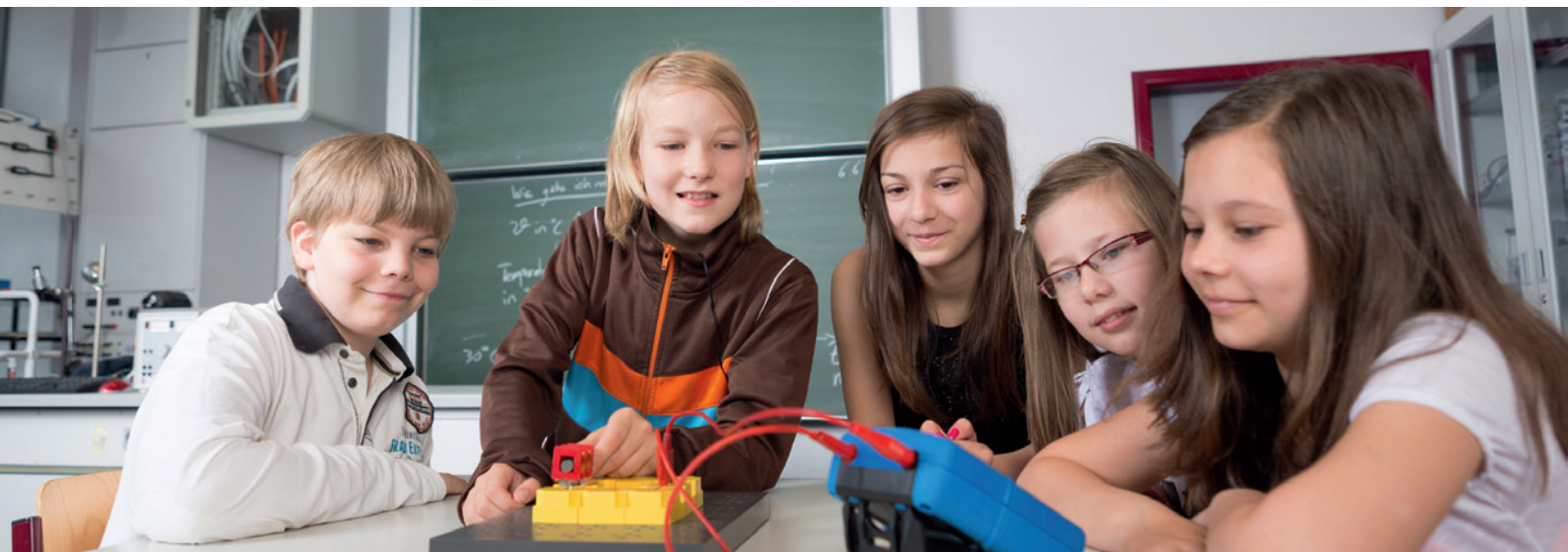
- ▶ Es liegt ein Fahrplan für den Weg zu einer gemeinsamen Krankenhausplanung von Berlin und Brandenburg ab 2020 vor.
- ▶ Die Landesregierung sagt zu, die Investitionsförderung für die Krankenhäuser signifikant anzuheben.
- ▶ Der Senat gesteht Charité und Vivantes zu, sich marktkonform zu verhalten. Beide können weiterhin Aktivitäten außerhalb des Kerngeschäfts an Tochterfirmen oder externe Dienstleister vergeben.
- ▶ Eine Arbeitsgruppe entwickelt Vorschläge zur besseren Nutzung von Digital Health. Kernpunkte sind die Versorgungs- und Förderpolitik sowie der Datenschutz.
- ▶ Der Senat gibt eine Studie zu den Perspektiven der Pflege in Auftrag. Sie zeigt auf, wie die Pflege über 2030 hinaus gesichert werden kann. Kernpunkte sind die Pflegeberatung, die professionelle und die Angehörigen-Pflege sowie die Sicherung des Pflege-Fachkräftebedarfs.

## 1 Jahr

- ▶ Die Investitionsförderung für die Krankenhäuser steigt auf Höhe des Bundesdurchschnitts von 140 Millionen Euro pro Jahr.
- ▶ Über die gesamte Versorgungskette sind Pilotprojekte für die Nutzung von Digital Health aufgesetzt.
- ▶ 2030 werden vermutlich 170.000 Menschen in Berlin pflegebedürftig sein. Die Empfehlungen der entsprechenden Studie werden Schritt für Schritt umgesetzt.

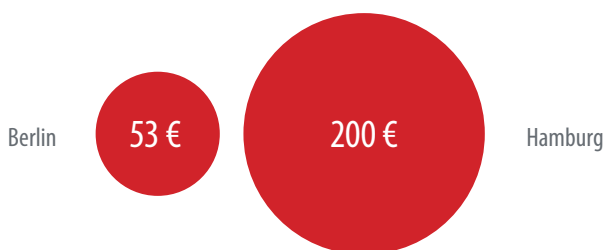
## 5 Jahre

- ▶ Berlin und Brandenburg haben einen gemeinsamen Krankenhausplan erstellt. Im Fokus stehen eine sinnvolle Arbeitsteilung, ein an der Qualität ausgerichteter Wettbewerb sowie ein effizienter Einsatz von Investitionsmitteln und Fachkräften.
- ▶ Berlin fördert die Investitionen der Krankenhäuser mit 220 Millionen Euro pro Jahr.
- ▶ Erfolgreiche Pilotprojekte aus der Hauptstadtregion führen dazu, dass digitale Versorgungsangebote in die Regelversorgung aufgenommen werden.
- ▶ Der Entwicklungsplan zur Pflege greift. Die Beratung von Pflegebedürftigen und pflegenden Angehörigen wird bis 2030 sukzessive besser. Unternehmen der Branche können Fachkräfte besser an sich binden.



## Bildung: Besser lernen

Die Zahl der Schüler steigt. Zugleich produziert das Berliner Bildungswesen zu viele Schulabbrecher. Absolventen sind oft nicht reif für eine duale Ausbildung. Das hat eine Reihe von Gründen – unter anderem gibt es zu wenige Lehrer.



Investitionen in Schulen pro Einwohner

2014, Quelle: DIW

Der bauliche Zustand vieler Schulen und anderer Bildungseinrichtungen lässt seit Jahren zu wünschen übrig. Auch beim Thema IT-Ausstattung hinken viele Schulen hinterher. Der besondere Betreuungsbedarf von geflüchteten Kindern bedeutet eine zusätzliche Herausforderung.



## 100 Tage

- ▶ Eine Bestandsaufnahme zum baulichen Zustand der Schulen sowie zum Sanierungs- und Modernisierungsaufwand („Gebäudescan“) ist ausgewertet. Das Modell einer Schulbau-Gesellschaft – inklusive dessen Finanzierung – ist auf den Weg gebracht.
- ▶ Der Senat hat ein Konzept entwickelt, das die Quote der Schulabbrecher senkt. Es sorgt dafür, dass die Schulen personell und materiell besser ausgestattet und Lehrer bedarfsgerecht ausgebildet werden. Vor allem Grundschullehrer erhalten eine wettbewerbsfähige Bezahlung. Zudem führt es Instrumente wie Duales Lernen und Praxisgruppen ein.

## 1 Jahr

- ▶ Die zentrale Schulbau-Gesellschaft hat die Arbeit aufgenommen. Sie plant Sanierungen und Ausbau zentral und setzt erste Pilotprojekte um. Dabei geht es auch um die digitale Infrastruktur.
- ▶ Es gibt mehr Studienplätze für das Lehramt an Grundschulen und für MINT-Fächer.
- ▶ Bei der Lehrer-Ausbildung spielt die Digitalisierung eine wichtigere Rolle. Für die digitale Aus- und Fortbildung wird das Konzept einer „School of Digital Education“ entwickelt.
- ▶ Das Landeskonzept „Berufs- und Studienorientierung“ ist an den Schulen implementiert, etwa durch Lehrer-Fortbildungen und fächerübergreifende Konzepte.

## 5 Jahre

- ▶ Die Zahl der Schulabbrecher ist auf Bundesschnitt gesunken.
- ▶ Die School of Digital Education bündelt Kompetenzen und Zuständigkeiten bei der umfassenden digitalen Lehrer-Ausbildung. Sie ist eine Querschnittseinheit der bestehenden Schools of Education an den Berliner und Brandenburger Universitäten.



## Ausbildung: Stark am Start

In den kommenden Jahren wird sich der Fachkräftemangel deutlich verschärfen. Schon heute gelingt es vielen Firmen nicht, ihre Ausbildungsplätze zu besetzen. Zudem werden viel zu viele Ausbildungsverträge vorzeitig gelöst.

Jeder  
5.

Facharbeiter geht bis 2020 in Rente.

Wirtschaft und Politik wissen, dass sie das Problem nur gemeinsam lösen können. Die duale Berufsausbildung muss gestärkt und modernisiert werden. Denn immer mehr talentierte Jugendliche entscheiden sich heute für ein Studium. Zugleich brechen zu viele Jugendliche ihre Ausbildung vorzeitig ab.

## 100 Tage

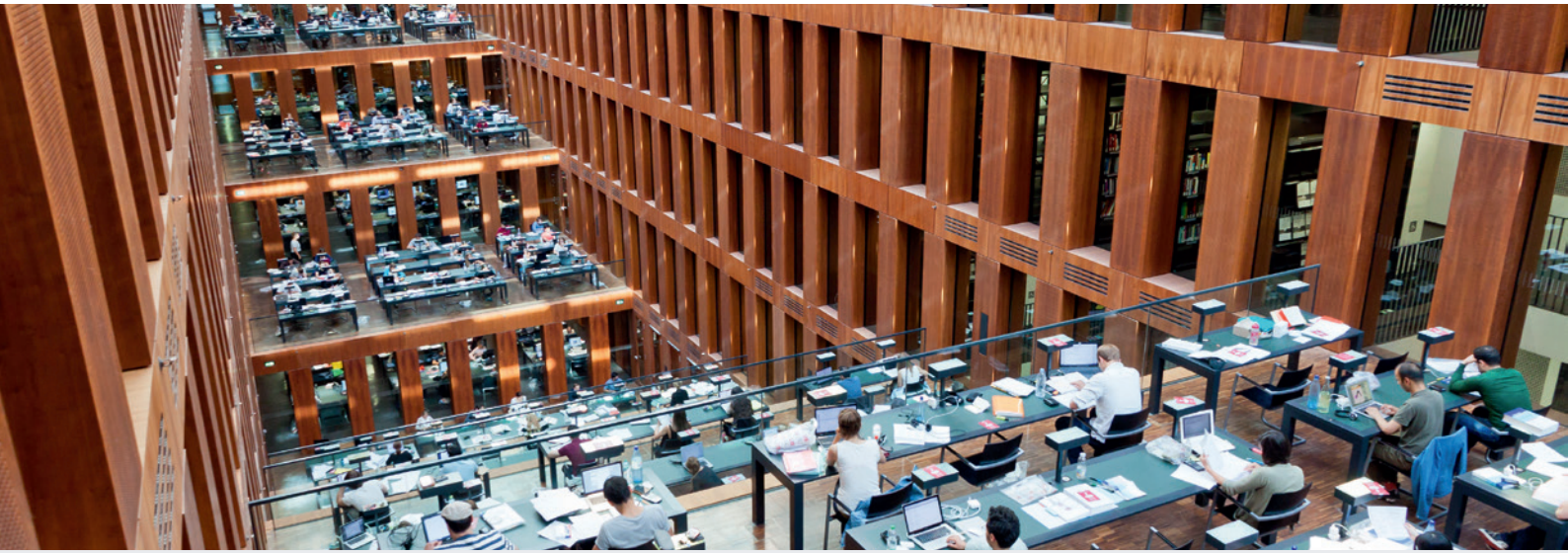
- ▶ Eine Überprüfung zeigt, wie effektiv das Landeskonzept zur Berufs- und Studienorientierung an den Schulen ist.
- ▶ Die Jugendberufsagentur ist flächendeckend eingeführt und mit allen Akteuren der beruflichen Bildung verzahnt.
- ▶ Die Oberstufenzentren werden auf ihre Defizite hin analysiert. Im Mittelpunkt stehen der Berufsschulunterricht, Strategien gegen den Fachlehrermangel und die Streichung nicht anschlussfähiger Bildungsgänge. Die Angebote zur Ausbildungsvorbereitung werden konsequent darauf hin überprüft, ob sie am Markt erfolgreich sind.

## 1 Jahr

- ▶ Die Teams zur Berufs- und Studienorientierung sind, wo nötig, mit zusätzlichen Ressourcen gestärkt.
- ▶ Die Kunden der Jugendberufsagentur münden in betriebliche Ausbildung, in betriebsnahe Angebote sowie in Angebote der Oberstufenzentren mit dem Ziel, einen Abschluss zu machen.
- ▶ Die Zahl der gemeldeten betrieblichen Ausbildungsplätze steigt, die der unbesetzten Plätze sinkt.
- ▶ Die Akteure der dualen Ausbildung haben Ideen und Maßnahmen entwickelt, damit mehr Betriebe ausbilden.

## 5 Jahre

- ▶ Ein Landesinstitut zur Steuerung der Berufsbildung sorgt dafür, dass die duale Ausbildung Vorrang hat vor Angeboten der Berufsvorbereitung und subsidiärer Berufsausbildungsangebote.
- ▶ Berlin und Brandenburg sind ein Ausbildungsmarkt – das zeigt sich bei Vermittlung, Förderinstrumenten und den beruflichen Schulen.
- ▶ Die Ausbildungsquote ist um 0,5 Prozent und die Ausbildungsbetriebsquote um 1,0 Prozent gegenüber dem Jahr 2014 gestiegen.



## Wissenschaft: Brücken schlagen

Die Wissenschaftslandschaft in Berlin ist vielfältig und bringt exzellente Leistungen hervor. Die Rahmenbedingungen für Lehrende und Studierende sind gut – davon profitiert aber die Wirtschaft noch zu wenig.

21 %

der Berliner sind Akademiker.

Forschungsergebnisse müssen intensiver und häufiger den Weg in die betriebliche Praxis finden, vor allem mit Blick auf den Mittelstand. Das ist gerade angesichts der Digitalisierung wichtig, die viele Umbrüche mit sich bringt. Die Potenziale der vielen Hochschul-Spinoffs könnten noch viel stärker genutzt werden. Außerdem verlassen noch zu viele Hochschulabsolventen die Hauptstadtregion.

## 100 Tage

- ▶ Der Senat unterstützt die Berliner Universitäten bei ihrer Beteiligung an der Exzellenzinitiative und die Berliner Hochschulen bei der Antragstellung für das Bund-Länder-Programm „Innovative Hochschulen“.
- ▶ Die Arbeit an den neuen Hochschulverträgen 2018 – 2021 beginnt.

## 1 Jahr

- ▶ Es gibt konkrete Pläne für Kompetenzzentren, die dem Mittelstand helfen, Lösungen aus der Wissenschaft zu Geschäftsmodellen zu entwickeln. Die Gründungsförderung spielt dabei eine wichtige Rolle.
- ▶ Das „Einstein-Zentrum Digitale Zukunft“ hat im Frühjahr 2017 eröffnet und ist verknüpft mit dem bestehenden Fraunhofer-Leistungszentrum „Digitale Vernetzung“.
- ▶ Um Quereinsteiger für die Berliner Schulen zu gewinnen, sind neue Weiterbildungsstudiengänge für Master of Education in Vorbereitung.

## 5 Jahre

- ▶ Dank der neuen Hochschulverträge können die Universitäten und Hochschulen mehr investieren. Die Grundfinanzierung der Career Service Center ist gesichert.
- ▶ Die Zusammenarbeit von Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Unternehmen ist intensiver geworden. Neue Technologien finden schneller den Weg in die Praxis.



## Arbeitsmarkt: Viel zu tun

Seit Oktober 2011 sind in Berlin 172.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden. Zum ersten Mal liegt die Arbeitslosenquote unter der Marke von zehn Prozent. Die Politik muss sich aber noch ehrgeizigere Ziele setzen.

# 50.000

sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze  
entstehen in Berlin pro Jahr.

Noch profitieren zu wenige Arbeitslose vom Beschäftigungsboom, weil sie schlecht qualifiziert sind. Fast jeder zweite hat keine verwertbaren Qualifikationen und ist nur als Helfer einsetzbar. Hier gilt es anzusetzen, um die Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Acht von zehn arbeitslosen Jugendlichen haben keinen Berufsabschluss. Berlin braucht eine Qualifizierungs- und Erprobungsoffensive mit dem Ziel, unqualifizierte Arbeitslose fit zu machen für den ersten Arbeitsmarkt.

## 100 Tage

- ▶ Der Senat hat zugesagt, die Effizienz der Arbeitsmarktprogramme des Landes transparent zu machen. Doppelförderungen werden gestrichen. Ein Konzept sorgt dafür, dass sich die Programme der Bundesagentur und des Landes optimal ergänzen.
- ▶ Für Arbeitsagenturen und Jobcenter ist eine neue Struktur entwickelt. Das Ziel ist eine zentrale Steuerung, wie etwa bei der Jugendberufsagentur oder bei der Betreuung von Geflüchteten.
- ▶ Der Vergabe-Mindestlohn und andere für Berlin geltende Lohn-Untergrenzen werden abgeschafft. Der bundesweit gültige gesetzliche Mindestlohn macht Regelungen auf Landesebene überflüssig.

## 1 Jahr

- ▶ Ein Controlling-System prüft transparent und nachvollziehbar, wie effizient die Arbeitsmarktprogramme des Landes sind.
- ▶ Land und Bundesagentur haben eine abgestimmte Qualifizierungsoffensive gestartet und dabei insbesondere Arbeitslose ohne verwertbare Qualifikation in den Blick genommen. Für die nötige Betriebsnähe werden Aus- und Weiterbildungseinrichtungen der Wirtschaft sowie die Unternehmen eingebunden.

## 5 Jahre

- ▶ Der Anteil der Arbeitslosen ohne Qualifikation ist von 46,2 Prozent auf 30 Prozent gesunken. Die Arbeitslosenquote generell ist dauerhaft unter die Neun-Prozent-Marke gerutscht.
- ▶ Als Ergebnis der Strukturreform gibt es nur noch eine Arbeitsagentur und ein Jobcenter mit zwölf Niederlassungen.



## Integration: Von unten nach oben

2015 sind Zehntausende Menschen nach Berlin gekommen. Geflüchtete mit Bleibeperspektive sollten möglichst schnell in die Gesellschaft integriert werden. Viele Unternehmen und Verbände engagieren sich hier.

# 10.000

Geflüchtete sollen bis 2021 den Weg in Arbeit und Ausbildung schaffen.

Hier hat es viel Engagement, aber auch manchen Rückschlag gegeben. Die Integration wird eine der wichtigsten Aufgaben der kommenden Wahlperiode. Die Grundlage sind flüssig funktionierende Verwaltungsverfahren. Zudem wollen sich viele Unternehmen für Geflüchtete öffnen. Dies sollte Berlin nutzen – im Sinne der geflüchteten Menschen, der Wirtschaft und der Gesellschaft insgesamt.



## 100 Tage

- ▶ Ein Ankunftszentrum für Geflüchtete ist eröffnet. Hier greifen die Leistungen des neuen Flüchtlingsamtes, des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, der Bundesagentur für Arbeit, der Ausländerbehörde und der Senatsverwaltung für Arbeit und Integration ineinander.
- ▶ Die im „Masterplan Integration und Sicherheit“ für das Ausbildungsjahr 2017/2018 angekündigte „Gemeinsame Initiative des Berliner Senats und der Berliner Wirtschaft für die Ausbildung und Beschäftigung von geflüchteten jungen Menschen und unversorgten Ausbildungsplatzbewerbern“ ist auf den Weg gebracht. Das Konzept dazu hatte die UVB vorgelegt.
- ▶ Ältere Geflüchtete können sich – auch berufsbegleitend – weiterqualifizieren, nachdem Klarheit über ihre Fähigkeiten und Kenntnisse herrscht. Am Ende haben sie die Chance, einen Berufsabschluss zu machen. Dafür wird ein spezielles Konzept entwickelt

## 1 Jahr

- ▶ Das Berliner Ankunftszentrum sorgt dafür, dass alle Verwaltungsverfahren rund um die Integration schneller ablaufen. Bis Geflüchtete nach der Bewilligung des Asylantrags in Maßnahmen, Ausbildung oder Beschäftigung kommen, vergehen maximal drei Monate.
- ▶ Zum Start des Ausbildungsjahres 2017/2018 nehmen 1.000 Geflüchtete dank eines Förderprogramms des Landes eine Ausbildung in Aus- und Weiterbildungseinrichtungen von Verbänden und Innungen auf.
- ▶ Weitere 1.000 Geflüchtete arbeiten in Betrieben und werden berufsbegleitend qualifiziert, um einen Berufsabschluss zu erwerben.

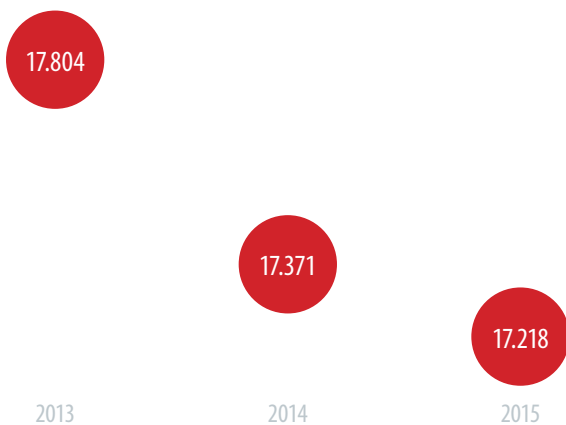
## 5 Jahre

- ▶ Mindestens 10.000 Geflüchtete, die seit 2015 nach Berlin gekommen sind, haben die Integration in Ausbildung und Arbeit geschafft.
- ▶ Berufsbegleitende Qualifizierungsmaßnahmen für Geflüchtete, aber auch für andere Zielgruppen mit Startschwierigkeiten, sind Standard in der aktiven Arbeitsmarktpolitik.



## Haushalt und Finanzen: Plus und Minus

Aufschwung und strikte Konsolidierung haben dazu geführt, dass Berlin seit 2012 wieder Haushalts-Überschüsse erwirtschaftet. Der Kurs der vergangenen Jahre hat sich bewährt.



Der Schuldenstand ist um drei Milliarden Euro gesunken. Allerdings liegt er noch immer bei gut 59 Milliarden Euro. Nur ein dauerhafter Schuldenabbau schafft neue Spielräume. Die Investitionsquote ist noch immer die niedrigste aller Bundesländer. Dabei gibt es in vielen Bereichen der Infrastruktur großen Nachholbedarf.

## 100 Tage

- ▶ Die Grundsätze des Haushalts 2016/2017 – Schulden abbauen und investieren – gelten weiterhin. Die Koalition ist sich einig, die Steuern nicht zu erhöhen.
- ▶ Angesichts des Investitionsstaus von einer Milliarde in der Infrastruktur wird die Investitionsquote des Landes deutlich angehoben.
- ▶ Berlin setzt sich beim Bund dafür ein, dass noch in dieser Legislaturperiode (Bund) der Länderfinanzausgleich neu geregelt wird.
- ▶ Berlin unternimmt keine weiteren Bestrebungen in Sachen Rekommunalisierung.

## 1 Jahr

- ▶ Berlin hat erfolgreich darauf hingewirkt, dass Bundesländer mit besonderem Förderbedarf auch nach dem Auslaufen des Solidarpakts 2019 unterstützt werden.
- ▶ Die geplanten Projekte aus dem Sondervermögen Infrastruktur für die wachsende Stadt (SIWA) werden schneller als bislang umgesetzt.
- ▶ Ein fester Teil der SIWA-Mittel (zehn Prozent) fließt in die Digitalisierung. Auch die Verkehrs-Infrastruktur wird mit SIWA-Geld modernisiert.
- ▶ Der Senat hat auf mehr Effizienz bei den landeseigenen Unternehmen hingewirkt. Ständig überprüft er, ob diese Aufgaben auch von privaten Unternehmen erledigt werden könnten.

## 5 Jahre

- ▶ Der Schuldenstand Berlins erreicht die Marke von 55 Milliarden Euro.
- ▶ Die Investitionsquote liegt auf Höhe des Bundesdurchschnitts.
- ▶ Berlin hält die Schuldenbremse weiterhin ein.
- ▶ Die Grundsteuer ist aufkommensneutral reformiert.



## Verwaltung: Mehr Service, bitte!

Unternehmen sind auf eine Verwaltung angewiesen, die sie effizient und dienstleistungsorientiert unterstützt. Oft hängen Investitionsentscheidungen davon ab. Berlins Verwaltung steht indes massiv in der Kritik.

# 27.000

Beschäftigte des öffentlichen Dienstes gehen bis 2021 in Ruhestand.

Es mangelt auf vielen Ebenen an effizienten Strukturen und an zeitgemäßer technischer Ausstattung. Zudem braucht es ein modernes, in die Zukunft gerichtetes Personalmanagement. Der Krankenstand ist zu hoch.

## 100 Tage

- ▶ Die Grundzüge einer Verwaltungsreform sind entworfen. Sie folgt der Maxime „effizient, wirtschaftsfreundlich, dienstleistungsorientiert“.
- ▶ Die Reform wird von einem Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Finanzen koordiniert. Er arbeitet beim Thema „Digitale Verwaltung“ eng mit dem Chief Digital Officer zusammen.

## 1 Jahr

- ▶ Das Konzept für eine Verwaltungsreform steht: Die zentralen Prozesse an der Schnittstelle zwischen Verwaltung, Unternehmen und Bürgern werden digitalisiert. Die Aufgabenverteilung zwischen Land und Bezirken wird sinnvoll geordnet. Ein zentrales Personalmanagement für die gesamte Verwaltung erfasst den Bedarf in den Ämtern, sorgt für raschere Neueinstellungen und koordiniert die Weiterbildung.
- ▶ Pilotprojekte wie das „Digitale Bürgeramt“ zeigen, welche Potenziale in einer digitalisierten Verwaltung stecken.
- ▶ Das Personal in den wachstumsrelevanten Bereichen (z. B. Bauämter, Verkehrslenkung) wird aufgestockt.

## 5 Jahre

- ▶ Alle Ressorts des Senats, ihre nachgeordneten Behörden und die landeseigenen Unternehmen haben deutliche Fortschritte bei der Digitalisierung gemacht.
- ▶ Sämtliche kundenbezogenen Verwaltungsverfahren und -prozesse sind online möglich.
- ▶ Die E-Akte ist eingeführt, der Berlin-PC als standardisierter Computer-Arbeitsplatz in allen Teilen der Verwaltung eingerichtet. 75 Prozent der Anfragen an die Verwaltung laufen über das „Digitale Bürgeramt“.

## Impressum

Redaktionsschluss: 29. Juli 2016

Herausgeber:

UVB – Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg  
Am Schillertheater 2, 10625 Berlin

Tel.: 0 30 / 31 005 - 0

Fax: 0 30 / 31 005 - 166

E-Mail: [uvb@uvb-online.de](mailto:uvb@uvb-online.de)

Internet: [www.uvb-online.de](http://www.uvb-online.de)

Redaktion: Carsten Brönstrup

© Fotos

Titel: miket - Fotolia, Seite 4 und 2: Halfpoint - Fotolia, Seite 6 und 2: industrieblick - Fotolia,  
Seite 8 und 2: chalabala - Fotolia, Seite 10 und 2: vege - Fotolia, Seite 12 und 2: megaflopp - Fotolia,  
Seite 14 und 2: Fotolia 2016 / Foto 2013 von [www.ChristianSchwier.de](http://www.ChristianSchwier.de), Seite 16 und 2: auremar - Fotolia,  
Seite 18 und 2: katatonia - Fotolia, Seite 20: Dmitry Nikolaev - Fotolia, Seite 22 und 2: Gunnar Assmy - Fotolia,  
Seite 24 und 2: Frog 974 - Fotolia 2016, Seite 26 und 2: Brian Jackson - Fotolia



## Die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg

Die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) sind der wirtschafts- und sozialpolitische Spitzenverband der Region. Ihm gehören rund 60 Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände aus Industrie, Handel und Dienstleistungsbranchen sowie des Handwerks in Berlin und Brandenburg an. Die UVB ist gleichzeitig Landesvereinigung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und nimmt die Aufgaben der Landesvertretung Berlin und Brandenburg des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) wahr.



*Haus der Wirtschaft  
– Sitz der UVB*

### **UVB**

#### **Hauptgeschäftsstelle**

Am Schillertheater 2  
10625 Berlin  
Tel.: (030) 31 00 5 - 0  
Fax: (030) 31 00 5 - 166  
Internet: [www.uvb-online.de](http://www.uvb-online.de)  
E-Mail: [uvb@uvb-online.de](mailto:uvb@uvb-online.de)

### **UVB**

#### **Bezirksgeschäftsstelle Cottbus**

Inselstr. 24  
03046 Cottbus  
Ansprechpartner: RA Eberhard Tomsche  
Tel.: (03 55) 780 29 - 0  
Fax: (03 55) 780 29 - 12  
E-Mail: [eberhard.tomsche@uvb-online.de](mailto:eberhard.tomsche@uvb-online.de)

### **UVB**

#### **Bezirksgeschäftsstelle Potsdam**

Schlaatzweg 1  
14473 Potsdam  
Ansprechpartner: RA Elmar Stollenwerk  
Tel.: (0331) 271 65 - 0  
Fax: (0331) 271 65 - 12  
E-Mail: [elmar.stollenwerk@uvb-online.de](mailto:elmar.stollenwerk@uvb-online.de)

### **UVB**

#### **Bezirksgeschäftsstelle Frankfurt (Oder)**

Potsdamer Str. 1–2  
15234 Frankfurt/Oder  
Ansprechpartner: RA Jens Nupnau  
Tel.: (0335) 55 69 318  
Fax: (0335) 55 69 335  
E-Mail: [jens.nupnau@uvb-online.de](mailto:jens.nupnau@uvb-online.de)